

11. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 24. Feber 1954

128/J

A n f r a g e

der Abg. S t e n d e b a c h, Dr. K r a u s und Genossen
an den Bundeskanzler,
betreffend Gesamtschäden und Gesamtkosten der Besetzung.

-o-o--o--o-

Es ist als feststehend anzusehen, daß die Aufrechterhaltung der Besetzung Österreichs nach gesetzmäßiger Wahl seiner Volksvertretung und ordnungsgemäßer Konstituierung seiner demokratischen Regierung rechtswidrig ist. Der Schaden, der dadurch Österreich und seiner Bevölkerung entstanden ist, ist von denen zu vertreten, die für die rechtswidrige Aufrechterhaltung der Besetzung mit allen ihren Begleiterscheinungen verantwortlich sind.

Bei allen bisherigen Verhandlungen über den Staatsvertrag ist immer nur von Forderungen die Rede gewesen, die an Österreich gestellt werden. Bei zukünftigen Verhandlungen sollen demgegenüber auch die Forderungen zur Geltung gebracht werden, welche Österreich und seinen Einwohnern aus der rechtswidrigen Aufrechterhaltung der Besetzung entstanden sind.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e s

Ist der Herr Bundeskanzler bereit, dem Nationalrat ehestens eine Aufstellung der Gesamtkosten und Gesamtschäden vorzulegen (seit 1.1.1946), die dem Bund, den Ländern, Gemeinden und Privatpersonen durch die ungerechtfertigte Aufrechterhaltung der Besetzung Österreichs entstanden sind, damit bei neuerlichen Verhandlungen über einen Staatsvertrag auch diese Kosten entsprechend zur Geltung gebracht werden können?

-o-o--o--o-